

Es war fast wie in einem jener rührseligen Weihnachtsfilme, die Hollywood in den dreißiger Jahren zu produzieren pflegte: Trotz Schnees und Sturms kommt das Geschenk in letzter Sekunde doch noch bei der Geliebten an, und alles wird gut. Alles? Im real existierenden Amerika ist zumindest das Allerschlimmste verhindert worden, als Washington am Dienstagabend einen Scheck über 51,2 Millionen Dollar im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York ablieferte. Wäre das Geld bis Silvester nicht eingetroffen, hätten die USA ihr Stimmrecht in der Generalversammlung verloren.

Die Satzung besagt, dass derlei automatisch geschehen müsse, wenn ein Staat mit mehr als dem doppelten Mitgliedsbeitrag im Verzug ist. Bisher waren 1,52 Milliarden Dollar aufgelaufen; die Beibehaltung des Stimmrechts erforderte eine Mindestzahlung von 250 Millionen in diesem Jahr – bis Ultimo. Am Dienstag fehlten noch immer acht Millionen.

## Scheck in letzter Minute

### Zahlung an UN sichert Amerika Stimmrecht in Generalversammlung

Doch dann kam der abendliche Scheck über 51,2 Millionen, und Amerikas Stimmrecht ward bis zur nächsten Generalversammlung gerettet.

Bis zu dieser Weihnachtswoche war die Sache peinlich genug gewesen. Die Rückstände begannen sich schon in den achtziger Jahren anzuhäufen. Das Drama spitzte sich 1997 richtig zu, als der republikanisch beherrschte Kongress, den Fundis in der Mehrheitspartei gehorchend, beschloss, die Beiträge so lange zurückzuhalten, wie die UN unter dem Rubrum „Familienplanung“ Abtreibungsprogramme in der Dritten Welt finanzieren.

Richard Holbrooke, dem früheren US-Botschafter in Bonn, späteren Bosnien-Beauftragten und jetzigen Missionschef bei den UN, ist es wohl zuzuschreiben,

dass die Kongress-Kuh endlich vom Eis kam. Seit Monaten hat er die Republikaner-Granden bearbeitet, und zwar mit dem simplen Argument, dass die „letzte verbleibende Supermacht“ sich den Ausschluss aus der Generalversammlung nicht leisten könne. Was Holbrooke bei Milosevic in Dayton gelungen ist, hat er nun offensichtlich bei den mächtigen Hardlinern wie Jesse Helms, dem Chef des Senats-Außenausschusses geschafft: den Kompromiss, der in diesem Fall den Scheck gebar.

Freilich ist ein Happy-end noch längst nicht in Sicht. Holbrooke nimmt mit seinem Triumph in Washington auch zwei Dutzend Mühlsteine mit nach New York. Der Kongress hat weitere Bewilligungen nämlich an ebenso viele Bedingungen geknüpft, welche die anderen

187 Mitgliedstaaten kaum goutieren werden. Die beiden wichtigsten sind: die Verringerung des amerikanischen Anteils am UN-Haushalt von 25 auf 20 Prozent sowie an den Friedensmissionen von 31 auf 25 Prozent.

Zumindest hier sind die amerikanischen Argumente nicht unsinnig. Der 25-Prozent-Budget-Anteil wurde bei der UN-Gründung vor 55 Jahren festgelegt – als Europa und Japan am Boden lagen. Heute sind die beiden so reich wie die USA. Doch hat schon Kanzler Gerhard Schröder während der deutschen EU-Präsidentschaft gelernt, wie schwer es ist, Besitzstände zu eigenen Gunsten umzustürzen. Eine Reduzierung des deutschen Netto-Beitrags ist nicht wirklich gelungen.

UN-Botschafter Holbrooke weiß es, und deshalb spricht er von einer „schweren Aufgabe“, die ihm nun bevorstehe: Wie die anderen 187 Staaten davon überzeugen, die Bedingungen des US-Kongresses zu akzeptieren? *Josef Joffe*